PLATTFORM NEWS

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) • 12. JULI 2002 • EUR 2,-

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

PN 2/2002

Weitere Themen

Porträt Angelika Müllner-Pillwein 5
Impressum 5
Termine I 3
Termine II 7
PLAGE **Job-Angebot** 10
Temelín 9, 11
Zwischenlager **Bayern** 14
PLAGE **Tagebuch** 14
Abo, PLAGE-Aktiv 15

THEMEN DIESER AUSGABE

WIDERSTANDS-CAMP

In der nordostfranzösischen Gemeinde Bure gibt es auch heuer wieder das einwöchige Widerstands-Camp gegen das „Labor", ein Testprojekt zur Endlagerung des überreichlich vorhandenen französischen Atommülls.

Seite 3

3-LÄNDER-TREFFEN

Nach den Wahlen in Tschechien berieten tschechische, deutsche und österreichische Atomgegnergruppen ihr weiteres Vorgehen, insbesondere gegen den Risikoreaktor in Temelín.

Seite 9

PRATER-REAKTOR

Wia wear'n nimma sein, s'Plutonium wird immer sein ... seit 40 Jahren gibt es den – selbst unter AtomgegnerInnen nicht sonderlich bekannten – Reaktor im Wiener Prater.

Seite 6

PLAGE-Schulprojekt forciert Solar-Kocher in Indien

Was uns einen Knopfdreh abverlangt, ist in nicht wenigen Ländern der Erde mit stundenlanger Suche nach Brennholz verbunden. Durch den rigorosen Kahlschlag der Wälder breiten sich Wüstenzonen aus. Mit Sonnenlicht kann man kochen, backen, braten und sogar kühlen. Größere Anlagen erreichen das Leistungsniveau für gewerbliche Ansprüche.

11.200 Euro (154.000 Schilling) haben SchülerInnen aus Salzburg und Oberösterreich gesammelt, um die Solarkocher-Aktion, die vor allem Schülerinnen des „Baha'i Vocational Institute for Rural Women" in Indien zu gute gekommen ist, zum Laufen zu bringen. Im Baha'i-Zentrum erhalten junge Mädchen aus ländlichen Gemeinden eine kostenlose Schulausbildung. Unser Bild zeigt die TeilnehmerInnen bei einem der Solar-Kochkurse unseres Projekts. Das Zentrum sorgt in hunderten Gemeinden für die nötige Information und bildet zugleich Spezialisten für die Herstellung der Solarkocher aus.

Seite 2

Es gibt sie wieder!

Die goldene Antiatom-Sonne

als gepflegte Anstecknadel in Gold.
Um 4 Euro beim PLAGE-Büro. Rabatt ab 5 Stück auf Anfrage.

SOLARKOCHERAKTION

Hilfe mit Solar-Antrieb

Solarkocher *bündeln mit einem Parabolspiegel das Sonnenlicht. Schon ein Paraboldurchmesser von einem Meter kann 500 bis 800 Watt Leistung erzielen. Drei Liter Wasser kochen damit in etwa 25 Minuten. Mit zusätzlicher Technik lässt sich die Energie auch zum Kühlen verwenden.*

Schülerinnen und Schüler aus Salzburg und Oberösterreich haben kräftig mitgeholfen, die wälderschonende Solarkocher-Idee gemeinsam mit unserer Partner-Organisation in Indien, dem ECO Center ICNEER in Gujerat, voranzubringen. Über 154.000 Schilling (rd.11.200 Euro) erbrachte allein der erste Teil der Spendenaktion, der vor allem den Schülerinnen des „Baha'i Vocational Institute for Rural Women" zu gute gekommen ist.

Hinweis: *Das Projekt startete noch in der Schilling-Ära, deshalb tritt der Euro in diesem Artikel etwas in den Hintergrund.*

Wie geplant wurden die Geldmittel zwei indischen Organisationen zur Verfügung gestellt, die mit unserer Partnerorganisation, dem ECO Center ICNEER in Gujerat (Dr. Shirin und Ing. Deepak Gadhia) in engem Kontakt stehen und von diesem fachlich betreut werden.

Das „Baha'i Vocational Institute for Rural Women" (www.geocities.com/bvirw) sorgt für die kostenlose Ausbildung junger Mädchen aus ländlichen Gemeinden und ist schon deshalb als „Multiplikator" für die solare Koch-Idee bestens geeignet. Die Schule selbst nutzt seit vielen Jahren eine große Solar-Kochanlage für 100 Personen, die an jedem der durchschnittlich 250 Sonnentage im Jahr rund 24 kg Holz oder 3 kg Gas ersetzt.

Microfinancing plus umfassende Beratung und Hilfe

Mit einem Teil der durch die fleißige Sammelaktivität Salzburger und oberösterreichischer Jugendlicher zur Verfügung gestellten Finanzmittel (rd. 92.000 Schilling) hat das Institut inzwischen 40 Schülerinnen und deren Familien – insgesamt 126 Personen – an den SK14-Kochern ausgebildet. Das geschah in Gruppen je drei Tage lang. "Dabei stellte sich eine hohe Akzeptanz für die Kochertechnik ein", berichtete uns die Leiterin des Baha'i-Zentrums, Janak P. McGilligan, im Mai. "Rund 30 Familien haben ihre Bereitschaft bekundet, den im Projektplan festgelegten 10%igen Selbstkostenanteil (150 S bzw. 10,9 Euro) zu hinterlegen." Gegen dieses Zehntel des wirklichen Wertes (1500 Schilling bzw. 109 Euro) wird der Kocher den Familien zur Verfügung gestellt. Mit einem "Microfinancing"-Modell sollen die Kocher durch zinsenlose Kleinstkredite mit leistbaren Raten von den Benutzern finanziert werden. Das Projekt könnte dadurch, falls es funktioniert, sozusagen aus sich selbst heraus wachsen. "Erst eine Familie hat ihren Beitrag tatsächlich hinterlegt. Doch wir sind ziemlich sicher", bleibt Dir. McGilligan zuversichtlich, "daß große Nachfrage einsetzen wird, sobald wir mit der tatsächlichen Übergabe der Kocher beginnen."

Sobald wir von den Baha'is einen vollständigen, positiven Bericht über den Projektverlauf und den Einsatz der verwendeten Gelder erhalten haben - vorgesehen für Sommer 2002 - wird die zweite Rate überwiesen, für die bislang rund 35.000 Schilling zur Verfügung stehen. Dank der Zusage einiger Schulen für Sammelaktionen könnte

Nach Angaben der Weltbank werden in den Entwicklungsländern jährlich eine Milliarde Kubikmeter Holz zum Kochen verbrannt. Durch den rigorosen Kahlschlag der Wälder breiten sich Wüstenzonen weiter aus.

Newsletter des Baha'i-Zentrums für die Solarkocher-Aktion. Information und Betreuung ist uns bei diesem Projekt ein großes Anliegen.

sich der Betrag auch noch deutlich erhöhen.

Das Finanzierungsmodell sowie die starke Betonung von Ausbildung, Beratung und fortlaufender Betreuung soll die Effizienz unserer Projekts erhöhen. Wir halten die Ausbildung auf den Kochern für so essentiell, dass wir auch die Kosten für die erste „Ausbildungs-Runde“ beim Baha'i-Institut in unsere Aktion intgriert haben. Künftige Betreuungskosten hoffen wir mit den Verkaufseinnahmen finanzieren zu können.

Baha'i-Ausbildungszentrum überaus aktiv

Mit einer Ausgabe seines monatlichen Rundbriefes "Kokila" exklusiv zum Thema Solarkochen hat das Zentrum in 300 Dörfern für das Projekt geworben und Familien – erfolgreich – zur Bewerbung eingeladen. Es gab Treffen mit lokalen Initiativgruppen, mit Forstbeamten des Distrikts (die Kocher sollen ja Holz schonen helfen), und auch mit Behörden. So informierten sich Beamte des Energieministeriums, des Bundesstaates Gujarat und der Vorstand des Universitäts-Energie-Instituts im Ausbildungszentrum aus erster Hand. Insgesamt ließ sich die Umsetzung des rund ein Jahr lang von INTERSOL und PLAGE mit großem Einsatz besonders von Peter Machart und Biologielehrerin Mag. Angelika Müllner-Pillwein (> "PLAGE-Porträt", S. 5) aufgebauten Projekts damit sehr gut an!

Spenden für Erdbebenopfer

28.000 Schilling (über 2000 Euro) der gesammelten Spendengelder wurden im Vorjahr an die Anti-Atom-Gruppe „Sampoorna Kranti Vidyalaya“, ebenfalls mit Sitz in Gujarat, für die Betroffenen des verheerenden Erdbebens überwiesen. Die Summe wurde von den Firmlingen der Pfarre Gnigl und Schülern des Borromäums für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Alle Beteiligten haben für dieses Projekt Tolles geleistet

Um nur einige Beispiele anzuführen: Ein Großteil des Spendenaufkommens der HBLA Braunau entstammt dem Matura-Projekt dreier Schülerinnen, das sich dem

Weiter auf Seite 4 >

Schülerinnen der Klasse 3 RA des BRG Hallein präsentieren die Solarkocheraktion auf dem Halleiner Stadtfest

DAFÜRSEIN ... DAGEGENSEIN ... DABEISEIN

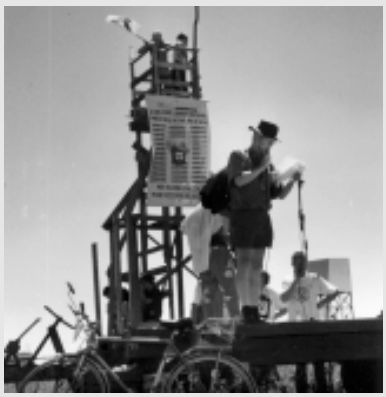
TERMINE!

SA 13. – SA 20. JULI 2002

BURE (FRANKREICH)

3. Widerstands-Camp gegen das Atommüllager-"Labor"

Wie die PN schon mehrfach berichtete, wird in der nordostfranzösischen Gemeinde Bure (Département Meuse) das 1. "Versuchslager" für unterirdische "End"lagerung der hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente aus Frankreichs AKWs gegraben. Von der staatlichen Endlager-Agentur ANDRA. Der Widerstand ist schwierig, und das Durchhaltevermögen der lokalen Bürgerintiative bewundernswert. Jede/r ist im Camp willkommen, und sei es nur eine Stunde, die er an der Mahnwache...Mahnwoche teilnimmt.



Eindrücke vom Widerstands-Camp 2001. Als einziger Österreicher unter den über 1000 Teilnehmern überbringt Siegried Eder (links) von der Tiroler Anti-Atom-Plattform die solidarischen Grüße zur Unterstützung des gewaltfreien Widerstands.

MO 15. JULI 2002, 19.00 UHR

GROSSE AULA DER UNIVERSITÄT

Prof. Dr. Johan GALTUNG: "Vielsprachig und multikulturell: Aufwachsen in einer komplexen Welt"

Eröffnungsvortrag zur diesjährigen Internationalen Pädagogischen Werktagung des Katholischen Bildungswerkes Salzburg in der Großen Aula der Universität. Das Thema hat scheinbar mit dem der PLAGE nichts zu tun. Das Generalthema der Tagung schon etwas mehr: "...auf dass Kindheit glücke: Aufwachsen in einer unsicheren Welt". Da wird die Verbindung zu dem Galtung, den wir vor allem kennen, schon sichtbarer: zum scharfsichtigen Kritiker jeglicher Macht-, Herrschafts- und Unrechtstrukturen auf dieser Welt, dem Rüstungskritiker und Entwerfer von Konfliktlösungs- und Friedensmodellen.

WEITERE TERMINE AUF SEITE 7 >

Fortsetzung von Seite 3

Thema Welternährung (und darin auch dem solaren Kochen) widmete. Alle Einnahmen des öffentlichen Vortrages (Buffet, Eintritt) kamen ebenso dem Projekt zugute wie die Erlöse einer Kochaktion am Braunauer Hauptplatz in Zusammenarbeit mit dem TechnoZ Innviertel. Und die Schülerinnen konnten überdies den Gemeinderat zur Finanzierung von vier Kochern gewinnen.

Auch an der "Gründungsschule" der Aktion, dem Christian-Doppler-Gymnasium, wurden über 20.000 Schilling gesammelt, die vor allem auf die konsequente Arbeit von Projektleiterin und PLAGE-Mitglied Mag. Angelika Müllner-Pillwein zurückzuführen sind. Ihrer Initiative sind auch viele der privaten Spenden (in unserer Tabelle gesondert ausgewiesen) zu verdanken.

Am BG Hallein wiederum schaffte es eine einzige Klasse, durch mehrere Infostände (u.a. solares Kochen am Halleiner Stadtfest) 7 Kocher zu finanzieren!

An einer der ersten beteiligten Schulen, der Sonderschule Aiglhof, wurde bereits beim Weihnachtsbasar 2000 Geld gesammelt. Am Elternsprechtag im Frühjahr wurden dann von Schülerinnen und Schülern der 4. Klassen noch Würstel solar gekocht und verkauft. Dadurch konnte ein Kocher finanziert werden.

Es besteht natürlich noch immer die Möglichkeit, das Projekt durch eine Spende auf das dafür eingerichtete Konto zu unterstützen: Chr. Doppler Gymnasium, "2 x 50 Solarkocher für Indien", Raiffeisenverband Salzburg, Kto.Nr. 6142871, BLZ 35600 ■

SPENDER	**SCHILLING**
• HBLA Braunau (mit TechnoZ-Innviertel)	**23.505**
• BG Schärding (inkl. 12.000 v. OÖ. Landesregierung)	**22.821**
• Christina Doppler Gymnasium (ehem. BG II)	**20.866**
• Firmlinge Gnigl (Raritätenmarkt für Erdbebenopfer in Gujarat)	**20.670**
• Private Spenden	**12.750**
• BG/BRG Hallein, 3A (eine Klasse!)	**10.500**
• Borromäum, Gartenfest 99/00	**5.000**
• HS Attnang Puchheim, Klassen 3a und 3b	**2.250**
• Akad. Gymnasium Salzburg	**1.500**
• Sonderschule Aiglhof	**1.500**
• HS St. Gilgen	**1.500**
• Erstkommunionkinder Morzg	**1.000**
• HS und Poly Ostermiething	**869**
• Landesregierung Salzburg	**30.000**
GESAMT	**154.731**

Eine 6. Klasse des Gymnasiums St. Rupert in Bischofshofen hat bei den Projekttagen für die Aktion selber einen Kocher gebaut.

KOCHER-BLECHE VERSCHICKT

Über den Verein INTERSOL wurden außerdem bislang knapp 84.000 Schilling in Form von Kocherblechen an das ECO Center ICNEER geschickt. Diese Summe ergab sich aus Spenden (in ATS) der

• HS Thalgau	**30.000**
• des BG St. Johann	**17.000**
• der Stadt St. Johann	**30.000**
• sowie diversen Spenden in der Höhe von rd. (u.a. von der HTL Salzburg).	**7.000**

Maturantinnen der HBLA Braunau mt PLAGE-Geist Peter Machart bei einer Kochvorführung auf dem Braunauer Stadtplatz.

Die Energie und Tatkraft von Angelika Müllner-Pillwein (rechts) hat dem PLAGE Solarkocher-Projekt für Indien den entscheidenden Schwung gegeben.

Neben den Schulungen für die Bedienung der Solarkocher bietet das Baha'i-Institut im Rahmen unserer Aktion auch Spezialkurse für die Montage dieser raffinierten Kochgeräte an.

Solarkocher sind viel mehr als nur „alternatives Spielzeug" für Freaks (gleichwohl sie manchmal auch gewöhnliche Grillfeste zum Event erheben). Größere Systeme zum Kochen, Braten, Backen und Kühlen erreichen längst das Leistungsniveau für gewerbliche Anwendungen. Sie richten sich automatisch auf die Sonne aus, dem Energielieferanten mit dem sensationellen Nulltarif.

P.L.A.G.E. Porträt

Nr. 7

Angelika Müllner-Pillwein

Eigentlich hätte es schon 1998 ein Porträt über unsere *nergiebewußte Biologielehrerin* geben müssen. Denn damals hat sie als einzig "Übriggebliebene" von anfangs 10 interessierten chulverantwortlichen das von der PLAGE initiierte "Fifty-fifty-Energiesparprojekt" am Christian-Doppler-Gymnasium verantwortlich durchgeführt. Es wurden in der Folge ca. 60.000,-- S Energiekosten eingespart. Die Schule hatte allerdings nichts davon, im Gegenteil! Im folgenden Jahr erhielt sie eben dementsprechend weniger Geld! (Pikanterweise wurde inzwischen das "50:50-Modell" vom Land aufgegriffen. Und wird hoffentlich mit mehr Engagement von der öffentlichen Hand begleitet und betrieben!)

In den beiden vergangenen Jahren hat Angelika Müllner-Pillwein zusammen mit Peter Machart sehr erfolgreich das Solarkocher-Projekt von PLAGE-InterSol betrieben. (> *Siehe Titelgeschichte dieser Ausgabe.*)

Die solcherart *energiebewußte- und e-geladene* Biologielehrern, – verheiratet mit Manfred Müllner, und Mutter zweier Söhne – ist also ein ganz wertvoller PLAGE-Geist; ein Mensch von der eher seltenen Sorte, die nicht viel Worte macht, aber Taten setzt. Ihre innere Flamme spürt man auch in der Chorsängerin...

Nicht zu verschweigen ist, daß ihre Anti-Atom-Wiege bei den "*Müttern für eine atomfreie Zukunft*" stand.

PLAGE-Porträts verfassen meist „Freunde“ der Porträtierten. Sie genießen absolutes Redaktionsgeheimnis.

"Diese Industrien sind Mitglied in der US Energy Association und spendeten laut Wall Street Journal über 20 Millionen Dollar für Bushs Wahlkampf und für die Republikanische Partei."

(Third Opinion, im australischen Winter 2001 = europ. Sommer, über Hintergründe für G. W. Bushs wahnwitzige Energiepolitik, die hunderte neuer fossiler Kraftwerke und AKWs vorsieht und nichts für Energieeinsparung übrig hat.)

PLATTFORM NEWS

IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Peter Machart, Heinz Stockinger

Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstr. 86, Tel./Fax (0662) 643567. Bürozeiten Mo-Fr 09.00-13.00 Uhr e-Mail: plage@aon.at

Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Druck: Offset 5020, Salzburg

Betrifft: Spenden-Gütesiegel

Jedenfalls vorläufig bewirbt sich die PLAGE nicht um das neue Spenden-Gütesiegel. Vor allem die – im Verhältnis zum Gesamtbudget bzw zum Spendenaufkommen – enormen Kosten für den nötigen Wirtschaftsprüfer machen es kleineren Vereinen schier unmöglich, sich um das Siegel zu bemühen.

Allerdings ist die PLAGE-Arbeit mehr als ausreichend und regelmäßig über die Jahre durch die Subventionsabrechnungen mit Stadt und Land Salzburg belegt. Des weiteren findet sie, zumindest regional, jedenfalls so viel öffentlichen Niederschlag, daß anscheinend noch kaum je ein/e Spender/in an der guten, zweckgetreuen Verwendung der Spendengelder gezweifelt hat.

Dank an Stadt und Land für Subvention!

Mitglieder können den rd. 20-seitigen **PLAGE-Tätigkeitsbericht 2001** anfordern (gegen Erstattung der Kopier- und Portokosten). Die Subvention des Landes Salzburg ist endgültig abgerechnet. "Wär‘ ich froh, wenn alle Vereine und Gemeinden ihre Ausgabenbelege so ordentlich vorlegen würden!", bekam PLAGE-Sekretärin und "Mütter"-Obfrau Gerhild Kremsmair Lob von der Sachbearbeiterin.

GB - GLOBAL

"New Scientist": Totenglocke läutet für Atomenergie

Die Kernenergie ist zu gefährlich und zu teuer. Das beste Mittel, um CO2-Belastung und Erwärmung der Atmosphäre zu verringern, ist der Ersatz der Öl- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energieträger. Das sind die Kernaussagen im Entwurf eines Berichts an die britische Regierung, der Ende 2001 der großen Wissenschaftsmagazin New Scientist zugespielt wurde. Die Hoffnungen der Nuklearindustrie wurden damit gehörig enttäuscht. Sie hatte sich vom Bericht der Arbeitsgruppe "*Performance and Innovation Unit (PIU)*" einen Schub für ihre Pläne erwartet, bis zu 15 neue AKWs zu errichten. Beachtenswert ist auch, daß der früher eher pronuklear eingestellte New Scientist in seinem Editorial vom 15. Dezember 2001 feststellt, der PIU-Bericht entwerfe eine Energiepolitik, die beispielgebend für die Welt werden könnte. Premierminister Tony Blair empfiehlt das Wissenschaftsmagazin, "*diese Gelegenheit mit beiden Händen zu ergreifen*".

SCHWEIZ

Eidgenossen stimmen über Atom-Zukunft ab

Eine breite Koalition von Schweizer Umwelt- und Antiatomverbänden hat zwei neue "Volksinitiativen" gestartet. Die "Moratoriums-Initiative" zielt einfach darauf ab, den seit 1990 wirksamen 10-Jahres-Stopp für den Bau neuer Atomreaktoren um weitere zehn Jahre zu verlängern. Die "Ausstiegs-Initiative" geht weiter: sagen mehr als 50% der Abstimmenden dazu "ja", wird ein stufenweises Abschaltprogramm Gesetz. Und die Schweiz bis 2014 atomfrei. Die Sammlung der nötigen 100.000 Unterschriften stimmberechtigter Bürger und deren Vorlage an die Regierung (in der Schweiz "Bundesrat") ist praktisch abgeschlossen. Zur Volksabstimmung kommt es frühestens im kommenden Dezember, spätestens im März 2003. Österreicher sollten jegliche Verbindung mit Schweizern nützen, um mitzuhelfen, sie zu einem Ja zu möglichst beiden Volksinitiativen zu bewegen.

Info-Kontakt:
> Schweizerische Energie-Stiftung, Sihlquai 67, CH-Zürich, T: 0041/1-271 54 64, F: 1-2730 369, info@energiestiftung.ch, www.energiestiftung.ch;
> Sortir du nucléaire, BP 1558, CH-1211 Genf, T: 0041/22 73 1 76 01, F: 22 73 100 18, phr2@yahoo.com

40 JAHRE WIENER PRATER-REAKTOR

Wia wear'n nimma sein, s'Plutonium wird immer sein ...

Der weniger bekannte Teil des Wiener Praters, der Forschungs-Reaktor des Atominstituts, wurde 40 Jahre alt.

Österreich ist frei von Kernkraftwerken. Atomreaktoren zu Forschungszwecken aber gibt es. Der größte unter ihnen, der 10-Megawatt-Reaktor des ehemaligen Kernforschungszentrums in Seibersdorf, NÖ, ist schon seit zwei Jahren stillgelegt. Damit ist jetzt der Reaktor im Prater, obwohl viel kleiner, das "größte wissenschaftliche Instrument für kontrollierte Kernspaltung" in Österreich, wie es in einer Aussendung zu seinem 40. Geburtstag heißt. Am 21. März 1962 nämlich nahm ihn der damalige Unterrichtsminister Heinrich Drimmel in Betrieb. Die im Reaktor erzeugten Neutronen werden "in vielen Bereichen der Grundlagenforschung, etwa in der Tieftemperaturphysik," eingesetzt.

Das Atominstitut selbst wurde 1957, in den atomeuphorischen Zeiten, gegründet. Als auch die Internationale Atomenergie-Organisation der UNO in Wien angesiedelt wurde. Seit dem Ende des Seibersdorfer Reaktors werden im Institut verstärkt IAEO-Sicherheitsinspektoren ausgebildet, Atombrennstoff-Proben zu IAEO-Kontrollzwecken (gegen Mißbrauch) untersucht u.ä. Das Atominstitut steht allen österreichischen Universitäten für Forschung und Lehre zur Verfügung. Derzeit beschäftigt es 36 Wissenschaftler und hat rund 60 Diplomanden und Dissertanten. Sein Leiter, Univ.-Prof. Dr. Helmut Rauch, gehört zum unverbesserlichen Rest der österreichischen Atom-Lobby, die es um ein Haar fertiggebracht hätte, uns AKW-Betrieb, vielleicht Atom-Pannen und -Unfälle im eigenen Land, jedenfalls aber Atommüllprobleme, ein Lager für die hochaktiven verbrauchten Brennstäbe und eine Strahlenruine bei Zwentendorf, sowie die unkalkulierbaren Kosten für all das zu bescheren. Heute kämpfen Rauch, Böck & Co. für Temelín & Co. Bis zum K.O.? ■

Trauer um José A. Lutzenberger

Ehemals Vertreter der Chemieindustrie in Brasilien, wurde er zu einem ihrer schärfsten Kritiker. Zu einem Pionier der biologischen Landwirtschaft. Zum weltweit aktiven und bekannten Ökologen, dem schließlich der Alternative Nobelpreis verliehen wurde. Die neoliberale Globalisierung geißelte er als Zerstörung der gewachsenen, vielfältig angepaßten und daher nachhaltigeren Strukturen. "Gegen die Abschaffung der Bauern", "Die Absurdität der modernen Landwirtschaft" und viele andere brennende Texte von Lutzenberger sind beim Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit (Wolfgangerstr. 26, A-4820 Bad Ischl) erhältlich bzw unter www.begegnungszentrum.at (ohne Trennzeichen) abrufbar. – José Lutzenberger starb am 14. Mai 75jährig in Porto Alegre (Südbrasilien).

TERMINE II

< *weitere Termine auf Seite 3*

FR 26. – SO 28. JULI 2002

BERLIN

Internationales Architektur-Symposium "Das solare Regierungsviertel Berlin - eine Brücke ins Solarzeitalter"

Symposium am 26./27.Juli 2002 mit Exkursion am 28. Juli 2002 im Rahmen des XXI. Architektur-Weltkongresses. Veranstalter: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutsche Energie-Agentur GmbH und EUROSOLAR e.V. Weitere Informationen bei: EUROSOLAR e.V. , Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn, Tel: 0228-362373, Fax: 0228-361213, e-Mail: inter_office@eurosolar org, Homepage: **www.eurosolar.org**

MO 29. JULI – MO 5. AUGUST 2002

VOLKSBEGEHREN GEGEN ABFANGJÄGER – EINTRAGUNGSWOCHE

DI 8. – SO 13. OKTOBER 2002

SALZBURG

Maßnahmen gegen Atomterrorismus und -sabotage als Thema der "International Conference on Physical Protection".

Laut Organisator Prof.Dr. Friedrich Steinhäusler, Vorstand des Instituts für Biopysik der Universität Salzburg, "wird weltweit dringend nach Lösungen gesucht, wie Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen und ähnliche Einrichtungen besser gegen terroristische Anschläge oder Sabotageakte geschützt werden können." (Uni plus, Apr. 2002)

SO 20. OKTOBER 2002

STRASSBURG

Demonstration in STRASSBURG - "Aussteigen aus der Atomenergie!"

Vom frz. Netzwerk Réseau Sortir du Nucléaire lanciert und gedacht als "EU-weite Kundgebung". Was in Frankreich auf dem Spiel steht - nach dem Wahlsieg der Chirac-Formation UMP mehr noch als zuvor -, ist der Baubeschluß für einen Prototypen des Europäischen Druckwasserreaktors (EPR / "Euro-Reaktor"). Er soll der Vorbote für eine Neuauflage des französischen Atomprogramms und für neue "sichere" westlliche Reaktoren in Osteuropa sein. Die die EU und die Ost-Wiederaufbaubank EBRD mit Milliarden zu fördern gedächten. Und somit - wieder einmal - auch Österreich mitbezahlen müßte. Interessenten für die Teilnahme an einer Österreich-Delegation bitte im PLAGE-Büro melden.

Schmankerl aus dem

*Öko**Museum***

www.oekoweb.at/infoebenen/oekomuseum/

"Das Kernkraftwerk (Zwentendorf) hat auch eine Erdbebenauflage erhalten, wonach erst bei einem Beben der Stärke 8 der Richterskala Gefahr droht. Bei Stärke 8 liegt allerdings Wien bereits in Schutt und Asche... ."
(Illustrierte Kronenzeitung, 13.12.1972)

"Die Souveränität der Mitgliedstaaten und ihrer Parlamente ist in Teilfragen (und die Atomenergie ist formal so etwas) eingeschränkt."

(Gottfried SPERL im STANDARD am 7.12.2001 in einem Kommentar über die "innenpolitische Zeitbombe Temelín" zwischen ÖVP und FPÖ. "Die Grünen haben emsig recherchiert und sind tatsächlich auf Schwächen und Widersprüche des Brüsseler Abkommens zwischen Schüssel und Zeman gestoßen. Aber selbst sie müssen erkennen, dass EU-Recht und –Realität stärker sind als sachliche Einwände." Wehe, wenn man vor der EU-Volksabstimmung von 1994 in Österreich ähnliches für die Zukunft in der EU voraussah...)

WEINENDES AUGE

OÖ Plattform: Rückzug des Anti-Temelín-Motors

Josef Pühringer, mehrere Jahre Geschäftsführer der oö. Plattform gegen Atomgefahr, kehrt in seinen ursprünglichen Beruf als Schuldirektor im Mühlviertel zurück. Ein herber Verlust für den zähen Kampf gegen die tschechische Atomlobby, gegen die er ungemein hartnäckig und gewieft die Fäden gezogen hat. Eben der ungeheuere Einsatz fördert aber manchmal "einsame Entscheidungen" und kann Beziehungen verschleißen. So arbeitet die oö. Plattform seit kurzem überhaupt mit einem neuen Kernteam, bzw hat Obfrau Mathilde Halla wieder die Hauptagenden übernommen. Dem Vernehmen nach zieht Sepp Pühringer sich glücklicherweise nicht ganz aus der Bewegung gegen Temelín zurück.

Josef Pühringer, Mathilde Halla

ATOMSTROM-IMPORTE

Hochrisiko-Regierung. GePLAGt ...

Es war eine bewußte Festlegung im "Antiatom-Aktionsplan" der Bundesregierung im Jahr 1999, die Einfuhr von Atomstrom soweit wie möglich hintanzuhalten. Dies sollte zumindest gegenüber Nicht-EU-Ländern gelten, wo zum einen die EU-Strommarktliberalisierung noch nicht Platz gegriffen hat und welche zum andern besonders viele Hochrisiko-Reaktoren ausweisen. "Mit der Erlaubnis des Wirtschaftsministeriums für den Import von Strom aus lange bekämpften AKWs wie Mochovce und Bohunice hat die Bundesregierung schlicht und einfach wieder einmal ein Stück ihres eigenen Antiatom-Aktionsplans aufgegeben," kritisierte die PLAGE unter anderem in einer Presseaussendung.

"Wirtschaftsminister Bartenstein hat seine vorhergehende Funktion, die des Umweltministers, völlig vergessen und verdrängt: als solcher hatte gerade er den offiziellen Antiatom-Aktionsplan mitbeschlossen!"

Urteil des VGH?

Doch die PLAGE wäre keine PLAGE - und Maria Fellner nicht Maria Fellner -, wenn sie nicht nach einer unwahrscheinlichen und unerwarteten Gegenmaßnahme suchte. Nicht immer wird sie dabei fündig, klar. Und diesmal? Die stv. PLAGE-Obfrau bekam einen Insider-Tipp: Die Bundesländer könnten Bundes-Verordnungen, welche sie betreffen, vom Verfassungsgerichtshof (VGH) auf ihre Gesetzeskonformität prüfen lassen. Nun darf eben laut §13 Abs.1 des "Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes" (ElWOG) "kein Strom aus jenen Drittsstaaten importiert werden, in denen elektrische auch in Anlagen erzeugt wird, die nicht dem Stand der Technik entsprechen oder von denen eine mittelbare oder unmittelbare Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von (...) Menschen, Tieren und Pflanzen in Österreich ausgeht" oder "die nicht den Nachweis einer ordnungsgemäßen Entsorgung der Abfälle erbringen." Und das ElWOG betrifft auch die Bundesländer. Also konnten sie das oberste Verfassungsgericht anrufen.

Was über Zusammenwirken von PLAGE und Oö. Plattform als erstes der oberösterreichische Landtag am 24. Jänner 2002 auch beschloß. Und einen Monat später auch der Salzburger Landtag. Einstimmig. Auf das Ergebnis der VGH-Prüfung warten wir gespannt. ■

"Daß unser Staat nun wieder an zivile Atomenergienutzung denkt, kann die Aussichten für ihre Anwendung im Weltraum verbessern."

(George SCHMIDT, Marshall USRaumflugzentrum, laut Wissenschaftsredakteur R.R. Britt in SPACE.COM, 25.6.2001)

ÖSTERREICH

10 Jahre "Frauen für eine atomkraftfreie Zukunft"

Der Verein dieses Namens mit Sitz in Perchtoldsdorf bei Wien wurde 1992 gegründet; seine Aktivistinnen mit Maria Urban an der Spitze engagieren sich allerdings seit 1986. Die PLAGE arbeitet mit ihnen immer wieder mal zusammen (in Sachen Bohunice, "Koalition atomfreier Länder" u.a.). Die PLAGEgeister gratulieren den Wiener Frauen!

USA

10 Jahre Globales Netzwerk gegen Weltraumrüstung

Mit einer internationalen Konferenz in Berkeley, Kalifornien, über die Sternenkriegs-Pläne der US-Regierung unter Bush, hat das Global Network Against Weapons & Nuclear Power in Space vom 10. bis 12. Mai sein 10jähriges Bestehen begangen.

In der PLAGE schätzen wir die inhaltliche Kompetenz, die Zähigkeit und Konsequenz, mit der diese kleine US-Organisation mit "Hauptbasen" in GB und Deutschland dem übermächtigen Militär- und Propaganda-Koloß aus US-Rüstungsfirmen und US-Regierung unverdrossen trotzt.

Glückwunsch an Bayerns Mister Umwelt

Nach 33 Jahren an der Spitze des Bundes Naturschutz (BN) gibt Hubert Weinzierl den bayerischen Landesvorsitz ab. 18.500 Mitglieder hatte der BN, als Weinzierl 1969 erstmals zu dessen Chef gewählt wurde, heute sind es 180.000. Dem BN unter ihm ist etwa zu verdanken, daß die Donau zwischen Straubing und Vilshofen noch immer ein freifließender Strom ist. Österreichische Atomgegner haben ihn vor allem als wortgewaltigen, beißenden Kritiker der WAA Wackersdorf in Herz und Erinnerung geschlossen. (Und er wohl sie...) Hubert Weinzierl hört nicht auf! Er will sich jetzt voll auf den Vorsitz im Deutschen Naturschutzring (DNR) konzentrieren. "Triebtäter hören nie auf", sagt er mit der ihm eigenen Selbstironie. Wir von der PLAGE beglückwünschen ihn zu seinem Ehrennamen "Mister Umweltschutz" und danken ihm für sein Wirken aus tiefster Zuneigung und Verantwortung für alles Lebendige, gegenwärtiges und künftiges. (Bild SZ 19.04.2002)

TEMELIN

PLAGE aktiv

Temelín-Stopp „lebensnotwendig“

Am 22. Juni fand im Neuen Rathaus in Linz das erste länderübergreifende Treffen nach den Wahlen in Tschechien statt. Die Sprecher von über einem Dutzend Antiatomgruppen aus Tschechien, Deutschland und Österreich diskutierten die weitere gemeinsame Vorgangsweise gegen AKWs in Europa, im besonderen natürlich gegen den Risikoreaktor in Temelín.

Die Chancen, Temelín auf dem Rechtsweg zu stoppen, werden immer greifbarer. Mit jedem Dokument, dass uns US-Anwälte aus Behörden-Archiven überreichen, ergeben sich neue Ansatzpunkte und Klagsmöglichkeiten, die das vibrierende AKW in Südböhmen auf Dauer nicht durchstehen wird. Bei dem 3-Länder-Treffen wurde deshab eine internationale Arbeitsgruppe für Rechtsschritte gegen Temelín ins Leben gerufen, um die Einzelmaßnahmen in Tschechien, Deutschland und Österreich besser zu koordinieren und Gutachten wie Erkenntnisse optimaler zu nutzen. Auch dann, wenn der Rechtsweg z.B. in Tschechien manchmal mühsam ist: Über lange Zeit hat das Bezirksamt in Budweis den tschechischen NGOs Informationen zum AKW-Temelín einfach verweigert. Ob die damalige Praxis mit dem Gesetz vereinbar war, sollen jetzt eingebrachte Klagen klären. Das Kuriose an der Sache: Die für diese Klagen zuständige Bezirksrichterin war in ihrer früheren Tätigkeit Leiterin eben dieses widerspenstigen Bezirksamtes in Budweis. Die Dame hat also tatsächlich selbst darüber zu urteilen, ob Sie in ihrem früheren Job Fehler gemacht hat. Längst haben sich die tschechischen Temelíngegner daran gewöhnt, dass die Richterin in Budweis jegliche ihrer Klagen abschmettert und der Gang in die nächste Instanz damit vorprogrammiert ist.

Nicht erstellte Studien einfach für „geheim“ erklärt

Mein Herz ist rein, der Rest geheim. Umweltrelevante Unterlagen zum Atomkraftwerk Temelìn beispielsweise unterliegen gerne allerstrengster Geheimhaltung. Das Geschäftsgeheimnis von Temelínbetreiber CES muss schließlich gewahrt bleiben angesischts so bahnbrechender Umwelttechnologien wie sie das AKW Temelín repräsentiert. Pech für CES: auch US-Behörden sind durch die Kooperation mit Westinghouse im Besitz aller wichtigen Temelín-Dokumente. Und US-Gesetze sehen im Rahmen des „Freedom of Information Act“ vor, darin Einblick zu nehmen und Kopien zu erhalten. Längst lässt sich dadurch beispielsweise belegen, dass von den Temelín-Betreibern mit dem Hinweis auf das Betriebsgeheimnis verweigerte Unterlagen zur Temelín-Umweltverträglichkeit nie erstellt wurden. Was man nicht hatte, wurde kurzerhand für geheim erklärt.

Ausstiegskonferenz des EU-Parlaments wird unterstützt

Die Dreiländerkonferenz sieht den Ausstieg aus dem Temelínprojekt als lebensnotwendig an. Deshalb wird die Einberufung einer Ausstiegskonferenz, die das Europäische Parlament schon 2001 beschlossen hat, unterstützt. Ganz wichtig sei es, bei dieser Konferenz konkrete Ausstiegshilfen etwa in Form einer Unterstützung für erneuerbare Energien in Tschechien zu diskutieren, meint etwa Dana Kuchtova von den „Südböhmischen Müttern“. Sie wünscht sich eine Ausstiegskonferenz möglichst noch im Herbst diese Jahres.

Petition an Land, Bund und Europäisches Parlament

Die Vertreter der Dreiländerkonferenz haben den Beschluss gefasst, die Österreichische Bundesregierung aufzufordern:

- Die ELWOG-Verordnung vom 12. Dezember 2001 (Aufhebung des Atomstromimportverbotes aus mittelosteuropäischen Ländern) sofort zurückzunehmen,
- die Einspeisetarife nach dem Vorbild des deutschen Gesetzes über die erneuerbare Energie gesetzlich zu regeln und
- auf Ökostrom in öffentlichen Gebäuden verpflichtend umzusteigen.

"Dieser Beschluss wird nicht nur an die Österreichische Bundesregierung herangetragen sondern auch an die Landesregierungen und an das Europäische Parlament", konkretisiert Mathilde Halla von der OÖ Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr.

Forderung: Volle Haftpflicht für alle AKWs in EU-Europa

Europaweit liegen die Haftpflichtsummen für Unfälle in Atomkraftwerken extrem unter den möglichen Schäden. So sind in Deutschland einer Studie des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge auch nach der kürzlichen Erhöhung **lediglich 0,1% der zu erwartenden Schäden abgedeckt.** Die tschechischen und österreichischen Antiatom-Organisationen unterstützen deshalb die Unterschriftenaktion der bayerischen Plattform "Volle Haftpflicht für die AKWs in der EU." Sobald 10.000 Unterschriften erreicht sind, werden wir uns an die nationalen Regierungen und an das Europaparlament wenden, meint der Vorsitzende der Bayrischen Plattform gegen Atomgefahr, Gerhard Albrecht. ■

RECHT §
DRINGEND!

Das PLAGE Spendenkonto zur Fortsetzung der Temelín-Rechtsschritte:
PLAGE, Temelín-Rechtsschritte,
Konto Nr. 20 19 776, BLZ 35200
Raiffeisenverband Salzburg, Schallmoos

BELGIEN

Atomausstieg – dank Banken!?

Der politische Erfolg für die Grünen in der belgischen Regierung (Atomausstieg bis 2025) sei *„merkwürdigerweise in erster Linie den Banken zu verdanken“*, zu diesem Schluß kommt die ostbelgische Zeitung „Grenz-Echo“. Die Kapitalgeber hätten argumentiert, ihr Kapital rentiere sich angesichts der enormen Investitionskosten für die Atomkraft anderswo schneller und sicherer.

(Quelle: SN 4.3.2002)

USA

Atommüllprojekt Yucca Mountain: gewichtige Gegner

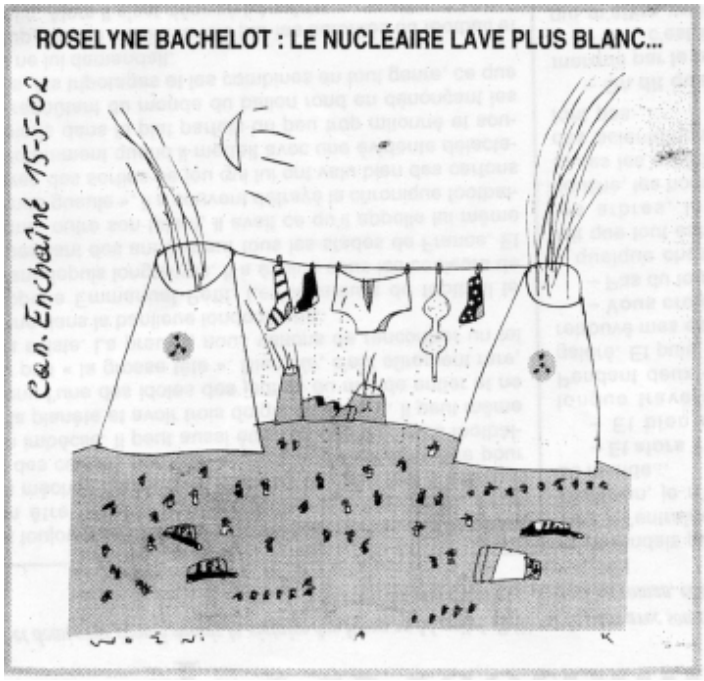
Der Bundesstaat Nevada beabsichtigt, 4 Mio. Dollar zur Bekämpfung des Endlagers für hochradioaktiven Atommüll einzusetzen, welches ihm die US-Bundesregierung im Yucca Mountain aufzwingen möchte. Auch Casino- und Geschäftskreise in Las Vegas wollen sich in die Schlacht werfen: „Der Widerstand dagegen hier am Strip ist überwältigend. Und einige von uns gehören zu den besten PR-Köpfen der ganzen Geschäftswelt“, sagt Stephen Cloobeck, Vorstand von Diamonds Resorts International, das seinen Sitz in Las Vegas hat.

(Quelle: Las Vegas .....)

FRANKREICH

Alarmsirenen um AKWs – erst nach der Wahl!

Ursprünglich sollte Electricité de France (EDF) laut Ministerratsbeschluß vom 30.11.2001 bis Ende März dieses jahres rund um 19 Atomstandorte Sirenen installieren, die im Umkreis von 2 km zu hören sein sollen. Auf anderes Regierungsgeheiß jedoch wurde die Inbetriebnahme des Alarmsystems dann diskret auf die Zeit nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen verschoben. Die vorgesehenen Tests hätten ja Wähler verschrecken können!... Diese finden nun im Sommer statt. Im nachhinein ist klar: die potentiellen atomaren Zwischenfälle waren so freundlich, sich inzwischen ruhig zu verhalten.



„Atomkraft wäscht weißer“, legt diese Karikatur aus der französischen satirischen Wochenzeitung *Le Canard Enchaîné* vom 15.5.2002 Roselyne Bachelot in den Mund, die nach der Wahlniederlage der Regierung aus SP, KP und Grünen in der neuen Regierung unter Premier Raffarin das Umweltministerium übernommen hat. Und mit ihren tatsächlichen ersten Worten zur Atomenergienutzung könnte sie in der Tat genausogut gleich in einem Werbespot der Atomindustrie auftreten: *„Die Industrie mit der geringsten Umweltverschmutzung ist die Nuklearindustrie.“* Ein vielversprechender Einstieg, für eine Umweltministerin... Corinne Lepage, ohnehin auch nicht übermäßig widerständige Umweltministerin einer früheren Regierung des Chirac-Lagers, sprach von einem *„Akt der Unterwerfung gegenüber der Atomlobby“*.

EURATOM, EU-Konvent und Österreich

Während man gerade aus dem Brüsseler Abschluß des "Melker Prozesses" zwischen Tschechien und Österreich schließen mußte, daß Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in der Atompolitik zwar noch nicht als "Pro-Atom-Kanzler" (Günther NENNING in der Kronenzeitung), aber doch ohne wirkliches Antiatom-Engagement am Werk sei, macht Österreichs Regierungschef laut vertrauenswürdiger Quelle auf hoher Beamtenebene sich ehrlich "stark für die Integration des EURATOM-Vertrages in das neue EU-Gesetzeswerk", mit dem die nächste Reform der Union 2004 abgeschlossen werden soll. (Vgl. auch KURIER, 3.12.2001.) Damit verlöre die Atomenergie erstens ihre absolute Sonderrolle. Sodann würde sie, einschließlich der Sicherheit nuklearer Anlagen, zu einer Gemeinschaftsangelegenheit: von allen EU-Mitgliedern kontrollier- und einklagbar. Der "Schutzzweck des EURATOM-vertrages" könnte ausgebaut, der "Förderzweck" umdefiniert werden auf: mehr Förderungen für alternative, erneuerbare Energien. Diese Linie vertritt sehr konkret des Bundeskanzlers "Mann im Konvent", Ex-Wirtschaftsminister Hannes Farnleitner (**www.zukunfteuropagv.at**). Da auch SPÖ-Konventmitglied Caspar Einem auf seiner Webseite (**www.eukonvent.at**) sich dazu ganz ähnlich äußert, ziehen Österreichs Vertreter in dem gegenwärtig zur EU-Reform und -Verfassung tagenden Gremium bezüglich EURATOMs offenbar an einem Strang. Im übrigen fordert u.a. auch die schwedische Umweltkommissarin der EU, Margot Wallström, "der EURATOM-Vertrag muß im Zuge des Konvents über die Zukunft Europas revidiert werden." *(EU-Rundschreiben 5/2002 des Deutschen Naturschutzrings/DNR)*

Jobangebot: 10 Stunden pro Woche PLAGE!

Ab Herbst reduziert PLAGE-Sekretärin Gerhild Kremsmair ihre wöchentliche Büropräsenz etwas. Dafür wollen wir eine weitere Kraft anstellen. Für 10 Wochenstunden. Aufgabenstellung: Büroarbeit am PC (Briefe, Mails, Adressverwaltung etc.), Versandarbeiten und Ablage, alles häufig unterbrochen durch Telefon, Fax und Besucher.

Interessierte bitte im PLAGE-Büro melden:
Nonntaler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg
Tel./Fax 0662 - 643567, eMail plage@aon.at

TEMELIN

PLAGE aktiv

Selbst den Atomgranden um einiges zu heiß

Im November des vergangenen Jahres erhielt der vermutlich letzte verbliebene CEZ-Kaufinteressent, die französische Electricité de France (EDF), Post von PLAGE-Anwalt Helmut Hüttinger. Darin informierte der Anwalt EDF über die anlaufenden Klagen der österreichischen Bundesländer in Sachen Temelín und die mit dem Kaufgegenstand daher zwangsläufig verbundenen Haftungsfragen. EDF nahm es „mit Interesse“ zur Kenntnis.

PN-Leser werden sich erinnern: Im Herbst/Winter 2001/2002 wollte die tschechische Regierung die staatliche Elektrizitätsversorgerin CEZ privatisieren. Unbedingt. Fast um jeden Preis. Zum Schleuderpreis: das AKW Temelín allein hat schon rund die Hälfte des Verkaufspreises für die gesamte CEZ mit ihren Dutzenden Kraftwerken gekostet! Nachdem sich bereits viele West-Strommultis wegen Temelín zurückgezogen hatten, blieb Electricité de France (EDF) als "aussichtsreichster" Kaufinteressent übrig. Nicht weiter überraschend, daß am ehesten der nimmersatte französische Strom-Monopolist die heiße Kartoffel "verspeisen" würde.

14 Salzburger Nachrichten

15.1.02

EdF will von Prag Garantien für Temelin

PRAG (SN, APA). Der französische Stromriese Electricité de France (EdF), der am staatlichen Zwei-Drittel-Anteil des tschechischen Energiekonzerns CEZ interessiert ist, fordert von der tschechischen Regierung im Zuge der zuletzt geplatzten CEZ-Privatisierung, dass sie die Verantwortung für eventuelle künftige Streitigkeiten mit Österreich wegen des südböhmischen Atomkraftwerks Temelin übernimmt. Das berichten tschechische Medien. Darüber hinaus solle sich die Prager Regierung verpflichten, alle Schäden zu bezahlen, die entstehen könnten, wenn Tschechien in den nächsten 20 Jahren aus die Atomenergie aussteigen sollte. Diese zwei Forderungen seien dem Angebot der EdF in der zweiten Anbots-Runde hinzugefügt worden. Der Verkauf des Staatsanteils an der CEZ – die unter anderem das umstrittene Atomkraftwerk Temelin betreibt – war zuletzt zwei Mal verschoben worden, weil der Prager Regierung die Angebote nicht hoch genug waren.

Salzburger Nachrichten, 15.1.2002

In dieser Situation schrieb die PLAGE über ihren Anwalt Helmut Hüttinger am 5. November vergangenen Jahres an den Vorstandsvorsitzenden von EDF, FranV ois ROUSSELY. In dem Brief setzte Hüttinger EDF von den gerade angelaufenen Klagen der österreichischen Bundesländer gegen Temelín (CEZ und Westinghouse) in Kenntnis: "Falls Electricité de France den Stromversorger CEZ kauft, wird sie in höchstem Maße von den anstehenden Gerichtsverfahren betroffen sein." Erst recht im Falle eines GAUs oder Super-GAUs mit radioaktiver Verseuchung und Schäden in Österreich: da "wird Ihr Unternehmen sich mit Schadenersatzforderungen bis zu 4.000 Milliarden Schilling (.... Euro) konfrontiert sehen", dem Gesamtbetrag der 1993/94 von der PLAGE erhobenen "Schadenersatz-Voranmeldungen" gegen die Temelín-Erbauer und -Betreiber.

In diesem Zusammenhang wies Dr. Hüttinger auf das seit 1. Jänner 1999 geltende, drastisch verschärfte österreichische Atomhaftungsgesetz hin: seitdem ist die Kartoffel Temelín (und sonstige) noch ungleich heißer! Denn "kraft dieses Gesetzes können die österreichischen Gerichte das Vermögen, das ein der atomaren Schädigung für schuldig befundenes Unternehmen in Österreich besitzt, beschlagnahmen lassen. Da EDF beispielsweise eine ansehnliche Beteiligung an der steirischen Strom-Holding EstAG hält, kommt eine solche Konsequenz für Ihr Unternehmen durchaus in Frage." Allein die Tatsache, daß EDF International mit einer Antwort an den PLAGE-Anwalt reagiert hat, zeigt, wie sensibel der Kauf von CEZ und Temelín (und Dukovany) selbst für den größten Atomstromproduzenten der Welt – denn das ist EDF – geworden ist. ■

EDF INTERNATIONAL S.A.

Paris, le 22 novembre 2001

Dr Helmut HÜTTINGER

Objet : Centrale nucléaire de Temelin (République tchèque)
Responsabilité en cas d'accident

Cher Maître,

François Roussely m'a transmis votre lettre du 5 novembre relative à la centrale nucléaire de Temelin.

EDF International a manifesté son intérêt pour l'achat du secteur électrique tel que mis en vente par le Gouvernement tchèque. La part de production de CEZ fait partie intégrante de cet ensemble offert aux investisseurs potentiels.

C'est pourquoi j'ai bien noté les éléments communiqués dans votre courrier, relatifs à la responsabilité civile nucléaire.

Veuillez agréer, Cher Maître, l'expression de mes sentiments les meilleurs.

Dr KÄLLSTRAND
Directeur Général EDF International

Antwort von Francois Roussely, Generaldirektor von EDF: „Der Kraftwerkspark der CEZ ist ein untrennbarer Bestandteil dieses den möglichen Investoren angebotenen Pakets. Aus diesem Grund habe ich die Mitteilungen in Ihrem Schreiben im Zusammenhang mit der atomaren Zivilhaftung mit Interesse zur Kenntnis genommen.“

KULTUR BÜCHER

ÜberLeben ohne Auto!

Erfahrungsberichte aus einer anderen Welt

Ein Viertel aller bundesdeutschen Haushalte besitzt KEIN Auto. Aus den Reihen dieser vielen Autolosen berichten hier über 60 Einzelpersonen und Familien von Widrigkeiten und Freuden, Tricks und Strategien ihres Alltags ohne Auto: 6köpfige Familien, Autofrei-Genießer/innen, Aus- bzw Umsteiger/innen, Prominente lassen die Leserinnen und Leser an ihren Er"fahr"ungen teilhaben.

Erfahren Sie im Lesebuch ÜberLeben ohne Auto etwas über diejenigen Menschen, die dem wirklichen oder vermeintlichen gesellschaftlichen Zwang der Aut-Mobilität ganz entspannt entgegentreten – sei es zu Fuß oder per Pedal. Menschen, die ein Leben jenseits des motorisierten Individualverkehrs entdecken. Zahlreiche Serviceadressen rund ums autofreie Leben – freilich mehr in Deutschland als in Österreich - runden dieses leckere Buch ab.

Hrsg. von "autofrei leben!" e.V. im ökom Verlag, München 2000. – 131 Seiten, reich illustriert, rd. 7 Euro. (Bezugsadresse – zzgl. Versandkosten: pan-adress Leserservice, Semmelweisstr. 8, D-82152 Planegg, T: 0049/89/ 85 709-145, F: -131)

DEUTSCHLAND
EU-KONVENT

Rot-Grün: EURATOM-Vertrag ändern

„Der Euratom-Vertrag ist nicht mehr zeitgemäß, die Förderung der Atomkraft durch den Euratom-Vertrag sollte auslaufen. Die weiterhin relevanten Fragen der Sicherheit, des Gesundheitsschutzes, der Entsorgung, des Transport von spaltbarem Material, des Rückbaus von Atomkraftwerken (Abwrackung) und der Abfallbehandlung sind in geeigneter Weise in die (EU-)Verfassung zu überführen bzw. vertraglich sicherzustellen. Die Mittel für Euratom müssen der Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen.“

So lautet ein Abschnitt im Kapitel „Umweltschutz und Nachhaltige Entwicklung“ eines Antrags, den SPD und Bündnis 90/Grüne am 14. Mai in den Bundestag eingebracht haben. Der entsprechende Beschluß des deutschen Parlaments soll den Vertretern Deutschlands im EU-Konvent die Richtung zur Reform der EU weisen. Man sieht – vgl. ...., S. xx – grundlegende Ähnlichkeiten zwischen Rot-Grün Deutschland und allen österreichischen Parteienvertretern im Konvent.

DEUTSCHLAND

Atomindustrie hat sich mit Ausstieg arrangiert

Die deutschen Stromkonzerne wollen offenbar auch im Falle eines Wahlsieges von CDU/CSU am Atomausstieg festhalten. Dies gaben die Spitzen der Atomindustrie dem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber (CSU) zu verstehen, der den Energiekonsens wieder aufkündigen will. Die Energiewirtschaft schätze inzwischen die Vorzüge des mit Rot-Grün ausgehandelten Vertrags, der ihr Laufzeiten von mehr als 30 Jahren garantiere.

(Süddt. Zeitung, 4.3.2002)

NACH SCHWEIZER VORBILD

Volksbegehren für mehr Bürgerrechte

"Bürgerbeteiligung", "Bürgergesellschaft" u.ä. sind viel auf Politiker-Lippen. Ganz anders oft die Taten: Ein kaum bekannter Passus im Koalitionsabkommen zwischen ÖVP und FPÖ legt bezüglich Volksabstimmungen fest: Ein solches Gesetz "darf nicht zu EU-Recht oder völkerrechtlichen Verpflichtungen im Widerspruch stehen, keine Verfassungsänderungen zum Inhalt haben, Landesrecht nicht berühren und keine wesentlichen finanziellen Mehrbelastungen zur Folge haben". Wie jemand spontan auf diese Zeilen reagiert hat: "Da bleibt dann noch Farbe, Größe und Zahl von Kanaldeckeln übrig. Aber nichts von wirklichem Interesse für die Gesellschaft."

Die erste Volksabstimmung der 2. Republik, jene von 1978 über die Atomenergie bzw den Verzicht auf die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf nämlich, wäre nach dieser Koalitionsvereinbarung wohl gleich zweifach nicht mehr möglich: Tut uns leid - widerspricht dem EURATOM-Vertrag, eventuell auch völkerrechtlich dem Beitrittsvertrag zur Internationalen Atomenergie-Organisation der UNO (IAEO). Und die "finanziellen Mehrbelastungen" durch die Nichtinbetriebnahme des fertigen AKW hätten die Regierenden damals wohl kräftig ins Treffen geführt!

Dieser geplante Todesstoß für die Beteiligung der Bürger an ihren eigenen Angelegenheiten hat die *Initiative Heimat und Umwelt** dazu veranlaßt, ein Volksbegehren für direkte Demokratie - weitgehend nach Schweizer Vorbild - zu starten. Besonders umsichtig in dem Vorschlag: Befürworter und Gegner eines Gesetzes, das zur Volksabstimmung vorgeschlagen wird, haben gleiche Informationsmittel zu erhalten (zB gleiches Budget für gleich viel Anzeigenraum in Zeitungen, gleich viel Sendezeit in Radio und FS u.ä.) Damit ist der Gefahr der Manipulation der Volksabstimmungen durch Geld- und Werbemacht ein ziemlicher Riegel vorgeschoben. Derzeit sammelt die Initiative Unterstützungserklärungen.

Kontakt: Initiative Heimat und Umwelt, ..., 3... Zeiselmauer, T: ..... ■

„Für Gewinne bei den Atomaktien würde die Verlängerung (dank Stoiber) allemal reichen“

(Analyse im WirtschaftsBlatt vom 17.1.2002 für den Fall eines Wahlsieges von CDU/CSU-Kanzlerkandidat Edmund STOIBER. Die Stromkonzerne E.ON und RWE könnten dann jedenfalls ihre Atommeiler wesentlich länger betreiben und so die Aktionäre erfreuen.)

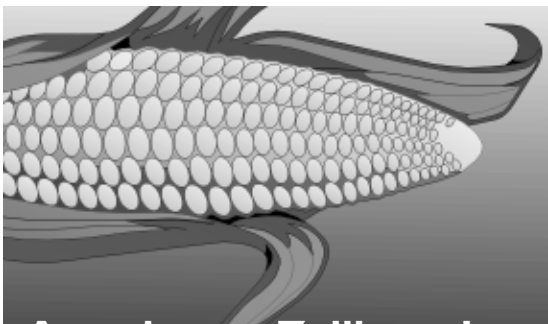
Kronenzeitung 05.0.2.2002

Wir haben zahlreiche detaillierte Richtlinien zur Wasserqualität, aber keine zur nuklearen Sicherheit.“

(vwd 24.4.2002. - Lange hat sie gebraucht, um draufzukommen, die EU-Kommission! Abzuwarten bleibt ohnedies, ob die hiemit von Energiekommissarin Loyola de Palacio geforderten EU-einheitlichen nuklearen Sicherheitsstandards wieder einmal – und auch angesichts der nuklearen Gefahrendimension – „Mindeststandards“ werden sollen. Die PLAGE Fordert die Vereinheitlichung selbstverständlich auf höchstem Niveau.)

„... die Kosten für den Atomausstieg erheblich überschätzt.“

(Kritik des Sachverständigenrates für Umweltfragen/SRU, des obersten Beratungsorgans der deutschen Bundesregierung für die Umweltpolitik, am letzten Energiebericht des Wirtschaftsministeriums. Dank dieser – bewußten? – Überschätzung der Kosten für eine nichtnukleare Energiepolitik konnten die Atomkonzerne natürlich mehr Zugeständnisse im sogenannten Ausstiegskonsens herausholen. - Der SRU sieht auch „keinen Widerspruch zwischen langfristigem Klimaschutz und dem Atomausstieg.“ (Quelle: VDI-nachrichten, 19.4.02)



Atomkern Zellkern

Atomkern – Zellkern 1

Am 22. April beteiligten sich auch PLAGE-Aktivisten an der anregenden und meist niveauvollen Publikumsdiskussion in der HBLA Ursprung bei Salzburg zum Thema „Gentechnikfreies Salzburg: Eine Illusion?“ Es war erstaunlich, daß dort aber bereits andere Diskutanten, am Podium wie im Publikum, Parallelen zwischen Atomkraftnutzung und Genmanipulation ansprachen. Solche bestehen zuhauf in der Informationspolitik und in den Durchsetzungsmechanismen. Regierende Politiker lernen kaum; trotz gegenteiligen Beispielen gehen sie in jeder neuen Auseinandersetzung zwischen alternativen und technokatischen Modellen, zwischen Basisgruppen und Wirtschaftsmacht von einem Sieg letzterer aus. Und schlagen sich deshalb eher auf deren Seite. Wie sonst könnte es sein, daß ein Agrarlandesrat Eisl, der sicher Atomgegner ist, offenbar überhaupt keinen Bezug zu Österreichs „Einzelgängertum“ in Sachen Atomenergie herstellt, wenn er typisch pauschale Äußerungen von sich gibt, wonach Salzburg und Österreich *„keine Insel der Seligen“* bleiben könnten, man *„realistisch, auf dem Boden der Tatsachen bleiben“* müsse, *„ein Alleingang nichts bringt“*? Plattform-Sprecher Heinz Stockinger konkretisierte die Parallele positiv mit einem sehr greifbaren Erfolg der Antiatombewegung: dem verschärften Atomhaftungsgesetz von 1999. Auch damit ist Österreich vorderhand noch praktisch allein auf weiter Flur; auch damit hat das Land keine Garantie, nicht von atomarer Verseuchung betroffen zu werden. Doch die Atomkonzerne – das wissen wir aus den massiven Bemühungen von Siemens, Westinghouse u.a., Haftung für ihre Werke von sich zu weisen – werden schon kopfscheu, wenn ein einziges kleines Land sich gegen sie etwas traut. Und nur so kann ein Prozeß in Gang kommen, in dem der „einsame Reiter“ auf einmal gemeinsam mit anderen „reitet“.

Atomkern – Zellkern 2

Der uneingeschränkte Gentechnikbefürworter und –betreiber am HBLA-Podium in Ursprung-Elixhausen, Prof.Dr. Günther Kreil vom Institut für Molekularbiologie der Universität Salzburg, mochte von Parallelen zwischen Atomenergie und Gentechnik rein gar nichts hören. Mit solchen Vergleichen werde bewußt die Angstmache vor der einen Technik auch noch auf eine andere Technik übertragen. Nun, eine ganz grundlegende Parallele wird von einem weltweit bekannten Pionier des gentechnischen Fortschritts festgestellt: *„Wie die Atomenergie kann das Klonen zu fruchtbaren Zwecken eingesetzt werden.“* So sagte es unlängst der italienische Gynäkologe und Fortpflanzungsspezialist Severino Antinori *(Le Parisien, 6.4.2002)*. Dieser hat bekanntlich laut eigenen Angaben bereits mindestens ein menschliches Embryo geklont und zusammen mit internationalen Kollegen mehrere Menschenklon-“Projekte“ laufen. Die französische Wochenzeitung *Le Canard Enchaîné* fragt nun, Antinoris Modell vielleicht „Hiroshimama“ ist...

Atomkern – Zellkern 3

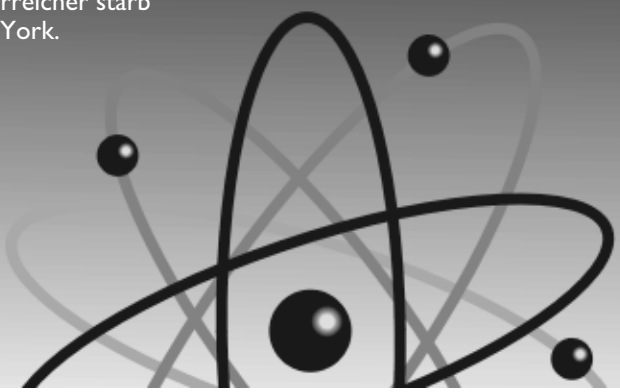
Trauer um Erwin Chargaff. "Zwei Kerne hätte die moderne Wissenschaft nicht spalten dürfen: den Atomkern und den Zellkern." So brachte der große Biochemiker die beiden unheilvollsten Tabubrüche einer weitgehend dem Machbarkeitswahn verfallenen Wissenschaft, die weniger aus Neugier als aus Macht- und Geldgier forscht und dabei im Sold staatlicher und privater Großindustrien steht, auf den Punkt.
Der in der Zwischenkriegszeit in die USA emigrierte Altösterreicher starb Mitte Juni in New York.

"Österreich hat ein nationales Trauma, beweisen zu müssen, das die Anti-Atom-Abstimmung von 1979 richtig war."

(Jukka LAAKSONEN, Generaldirektor der finnischen Atomsicherheitsbehörde STUK, für den Temelín "auf dem neuesten Stand der Technik" ist, lt. STANDARD, 29.10.2001. - Abgesehen vom kleineren Irrtum, daß die Volksabstimmung über das österreichische AKW Zwentendorf 1978 stattgefunden hat und im selben Jahr noch zum Atomsperrgesetz führte, projiziert er wohl – Freud, schau oba! – das eigene Trauma in die Österreicher hinein: bis heute können es maßgebliche Teile der ganzen internationalen Atomlobby nicht verwinden, daß Österreich als erster Staat offiziell der Atomenergie abgeschworen hat.)

"Daß unser Staat nun wieder an zivile Atomenergienutzung denkt, kann die Aussichten für ihre Anwendung im Weltraum verbessern."

(George SCHMIDT, Marshall USRaumflugzentrum, laut Wissenschaftsredakteur R.R. Britt in SPACE.COM, 25.6.2001)



PLAGE TAGE BUCH

15. Mai 2002

Salzburg soll Schnüffelgesetz fürs Heer ablehnen

Guernica, die Zeitung der Friedenswerkstatt Linz (www.friwe.at), hat berichtet, daß mindestens 35 österreichische Gemeinden bereits Resolutionen gegen das von der Koalition - jüngst beschlossene - **Militärbefugnisgesetz** (MBG) verabschiedet haben. Unter anderem Wien, Linz und Braunau finden, daß der Heeresnachrichtendienst in Gemeindestuben, wo er nach dem MBG Daten über Bürger ohne deren Wissen sammeln können soll, nichts verloren hat. Der Meinung ist auch die PLAGE: viele "langgediente" Atomgegner haben schon die Bespitzelung durch die Staatspolizei (Stapo) als Skandal empfunden. Es reicht wahrlich, wenn - wirkliche oder vermeintliche - Gegner des Bundesheers (oder zB von NATO und NATO-Beitritt?!) von Polizei und Staatspolizei überprüft werden.
Daher sollte nach PLAGE-Ansicht die Stadt Salzburg sich ebenfalls gegen das MBG zur Wehr setzen. Positiv reagiert hat bisher die SPÖ-Gemeinderatsfraktion.

28. Mai 2002

Stadt Salzburg: Nachdruck gegen Forschungsreaktor Garching?

Seit Jahren geht die Auseinandersetzung um den Neubau des Forschungsreaktors in Garching bei München (FRM-II). Am 17.12.1993 hat die Stadt Salzburg bei der Bayerischen Staatsregierung Einwand gegen den damals erst geplanten Ersatz des FRM-I (wegen seiner Form als "Garchinger Atom-Ei" bekannt). Heute ist der FRM-II fertiggebaut, vor allem dank dem Willen der Stoiber-Regierung. Das Bundesumweltministerium (BMU) in Berlin, sieht jedoch eine Reihe Voraussetzungen zur Erteilung der Betriebsgenehmigung nicht als erfüllt an.
Die PLAGE hat daher Salzburgs Bürgermeister Dr. Heinz Schaden und den Gemeinderatsfraktionen vorgeschlagen, namens der Landeshauptstadt auf die seinerzeitige Einwendung zurückzukommen. Dies insbesondere mit dem Argument, daß der schon vor dem 11. September 2001 heftig kritisierte Einsatz von hochangereichertem, waffen- und terroristentauglichem Uran im FRM-II nach der Attacke auf das World Trade Center in New York vollends verantwortungslos wäre. Zumal auch andere Staaten aufgrund des bayerischen Beispiels verleitet sein könnten, aus dem ohnehin mühsam aufrechterhaltenen internationalen Konsens gegen Weiterverbreitung und Mißbrauch von Spaltmaterial auszubrechen - ein weiterer Schritt zur Destabilisierung einer nicht gerade stabilen Welt. Bis dato liegen positive Reaktionen von SPÖ und Bürgerliste zum PLAGE-Vorschlag vor.

18. Juni 2002

Patienteninfo-Röntgen: Endlich Antwort

Fortsetzung der unendlichen Geschichte (> vgl. PN 1/2002, S. 10): Der von den Landes-Ressortchefs bzw der Landessanitätsdirektion zunächst für Herbst 2000(!), dann für März 2002 versprochene Entwurf zu einer Patienteninformation über Nutzen und Risiken medizinischer Strahlenanwendungen liegt noch immer nicht vor. Mehrere Nachfragen wurden nicht einmal beantwortet. Es bedurfte eines nicht mehr ganz so diplomatischen Briefes an die zuständige LH-Stv. Gabi Burgstaller, damit nun Landessanitätsdirektor Dr. Christoph König – ausführlich – antwortete. Wie schon in PN 1/2002 angedeutet, erklärt er die Säumigkeit mit der enormen Arbeitsüberlastung seines Amtes. Eben weil diese Begründung für die PLAGE glaubwürdig ist, haben wir uns letztlich an die vorgesetzte Politikerin gewandt, denn dort liegt die Verantwortung für die personelle Unterbestückung. Und wenn schon nicht die eigentlich nötige Zahl von Fachkräften eingestellt werden "kann", müsse es doch, so argumentieren wir, möglich sein, die Arbeit an dem Entwurf und die Einarbeitung der Radiologen-, PLAGE- u.a. Stellungnahmen dazu per Werkvertrag nach außen zu vergeben.
Darauf geht der Sanitätsdirektor nicht ein; dies wäre allerdings auch eher die Angelegenheit von Ressortchefin Burgstaller selbst. Da er "derzeit bei Erfüllung der (ihm) aufgetragenen Pflichtaufgaben" die "erheblichen zusätzlichen Energien" für die Erarbeitung der Patienteninformation "nicht bereitstellen kann", wird er unser "Anliegen an (s)einen Mitarbeiter Dr. Gerd Oberfeld weitergeben". Dieser ist als Verfechter strenger Grenzwerte für die Abstrahlung von Handymasten über Salzburg hinaus bekannt. Seine "Überlastung dürfte allerdings nicht wesentlich geringer sein". Sind wir damit wieder bei den obersten Landespolitikern, die ein derart wichtiges Ressort derart unterbesetzt lassen?

Jedes vierte Röntgen unnötig: Schlamperei und Doppelbefunde

Kassen-Kritik an Ärzten: „Gezielte Frequenzsteigerung"

Wien – Jedes vierte Röntgenbild in Österreich wird unnö-

kenkasse, geht von etwas weniger drastischen Zahlen aus,

Gesundheitsstaatssekretär Reinhart Waneck, selbst Ra-

Der Standard, 08.06.2002

9. April 2002

Erörterungstermin in München

Hier fehlt Bildtext (max 2 Zeilen)

Österr. Delegation beim Erörterungstermin in München.

Insgesamt ..... Einwendungen gegen die bei mehreren deutschen AKWs geplanten Zwischenlager (ZWILAG) für den abgebrannten Atom-Brennstoff hat die PLAGE an das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) übermittelt, welches die Genehmigungsverfahren koordiniert. Später im heurigen Frühjahr kam es in München zu einem eigenen Erörterungstermin für die österreichischen Einwendungen.

Neue Vorstöße für "KOALA"

Der nicht mehr überbietbare Schlingerkurs zwischen Nachgeben und Konsequenz, mit dem sich die SP-VP-Regierung in Sachen Ost-Nuklearpolitik vor und beim EU-Erweiterungsgipfel in Helsinki (Dez. 1999) atompolitisch international lächerlich gemacht hatte, hatte auch die Bemühungen um eine "Koalition atomfreier Staaten" ausgehend vom "Motor" Österreich diskreditiert und auf Eis gelegt. Die außenpolitische Isolierung Österreichs durch die Sanktionen der "EU-Vierzehn" nach der Bildung der VP-FP-Regierung prolongierte die tote KOALA-Phase.

Mit dem Ende der Sanktionen einerseits und mit der "Europäisierung" und Brisanz des Falles Temelín andererseits tat sich ab Herbst 2000 wieder Spielraum für KOALA-Bemühungen auf.
Es gelang, Global 2000 in diese Aktivitäten einzubinden, Verbindungen ins Außenministerium wurden geknüpft, ein Entschließungsantrag für das Parlament entworfen und allen Fraktionen vorgestellt. Mit den Umweltsprechern der Regierungsfraktionen FPÖ und ÖVP, NR-Abg. Ing. Gerhard Fallent und NR-Abg. Karlheinz Kopf, wurde der Entwurf im November bzw Dezember des Vorjahres von einer Delegation aus Vertretern von Global 2000, Dachverband Anti Atom International (AAI) und PLAGE eingehender besprochen. Dieser Entwurf sieht erstmals eine offizielle Einladung der anderen "Atomfrei"-Staaten der EU durch Österreich vor, enger, systematischer und gezielter als bisher ihre Atompolitik abzustimmen und so die Vertretung der atomkritischen Interessen, zB verschärfte Atomhaftpflicht, auf internationaler Ebene entscheidend zu stärken. Tendenz der Fraktionen: FPÖ und Opposition deutlich für einen solchen Antrag, die ÖVP scheint nur durch die Zustimmung ihres Koalitionspartners FPÖ zum Mitziehen motivierbar.
Am 26. Und 27. Februar schließlich führte Heinz Stockinger von der PLAGE weitere KOALA-Gespräche in Wien. Bei diesen Unterredungen überwog jedoch auf der Seite der Beamten bzw Berater, die auf hoher Ebene atompolitische Agenden für die Regierung bzw für Parteien - vertrauenswürdig - wahrnehmen, die Ansicht: eine derartige offizielle Einladung Österreichs würde zur völligen Blockbildung der Atomstaaten der EU führen und würde Österreichs antinukleare Hintergrundarbeit eher noch schwieriger machen. Daneben kristallisierte sich allerdings eine Priorität heraus: Die Aufbereitung des Bodens, sprich: Lobbying bei den Regierungen in den potentiellen KOALA-Partnerländern Österreichs, ist unumgänglich. Das kann nur durch Atomgegner- und Umweltorganisationen sowie durch atomkritische Parteien in diesen Ländern erfolgen: diese dazu zu ermuntern und zu bringen ist eine langwierige, zähe Aufgabe, der sich die PLAGE künftig kontinuierlich widmen will. Ohne eine ständige zusätzliche Kraft hiefür bleiben nachhaltige Anstrengungen hier allerdings fraglich. Und das hängt natürlich am... Geld! Jedenfalls ist die PLAGE hier im Gespräch mit einem kompetenten freischaffenden Antiatom-Experten. Wir hoffen, nächstens von einem positiven Gesprächsausgang berichten zu können.

Die atom(kraft)freien Länder in Europa (blau).

DER PLAGE**AKTIV**-COUPON

ABO BESTELLEN - MITGLIED WERDEN - MITARBEITEN

- ☐ Förderndes Mitglied* EUR **36,34** (S 500)
- ☐ Aktives Mitglied* - Normalverdiener EUR **18,17** (S 250)
- ☐ Aktives Mitglied* - Studenten/Schüler EUR **7,27** (S 100)
- ☐ PN Abonnement - keine Mitgliedschaft EUR **7,27** (S 100)
- ☐ Tragt mich in die Helferliste ein - ich möchte mich aktiv an der Plage-Arbeit beteiligen

* = *Jährlicher Mitgliedsbeitrag* ***inkl. PN-Zeitungs-Abo***

Vorname _____

Zuname _____

Straße _____

PLZ-Ort _____

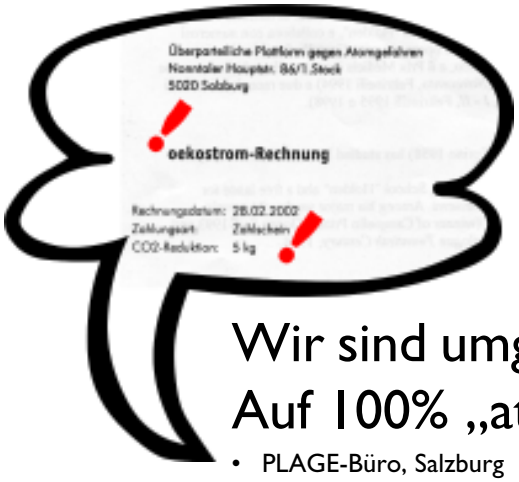
Telefon _____

STRAHLENPASS BESTELLEN

Ich bestelle den Strahlenpass per Nachnahme

- ☐ __1__ Stück für EUR **10,17** (S 140)
- ☐ _____ Stück (minimum 4 Stk) zu je EUR **5,81** (S 80)

AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN AN PLAGE, NONNTALER HAUPTSTR. 86, 5020 SALZBURG ODER PER FAX AN (0662) 64 35 67.
BESTELLUNG IM ONLINE-SHOP: WWW.PLAGE.CC



Wir sind umgestiegen.
Auf 100% „atomfrei-Strom“.

- PLAGE-Büro, Salzburg
- PLAGE-Sekretärin Gerhild KREMSMAIR, Salzburg;
- PLAGE-Obmann Heinz STOCKINGER, Salzburg;
- Christine GÖLZNER, Salzburg
- Elternhaus STOCKINGER, Taufkirchen a.d. Pram, OÖ;
- SOLARTECHNIK FUCHSBERGER,
  Solare Warmwasserbereitung usw., Koppl b. Salzburg;

„Mein Wechsel zu Ökostrom hat völlig problemlos geklappt. Meine Strom-gebühren finanzieren damit absolut nur noch erneuerbare Energieträger.“

(PLAGE-Obmann Heinz STOCKINGER, der seit über einem halben Jahr von der oekostromAG Wien versorgt wird.)

Ökostrom-Infos im Web

FÜR DEUTSCHLAND:

www.greenprices.de - Die Anbieterliste ist ebenso hilfreich wie die Informationen zu Energiequellen und politischen Entwicklungen.

www.stromtarife.de - Getrennte Aufstellung der Tarife für konventionelle und ökologische Stromanbieter. Die Serviceleistungen der Unternehmen werden beurteilt.

FÜR ÖSTERREICH:

www.oekostrom.at - oekostromAG, Tel. 01/9 61 05 61

www.aae-energy.com - Alpen-Adria-Energy AG, Tel. 04715/222 43

www.stadtwerke-hartberg.at - Tel. 03332/622 50-0

ÜBERPARTEILICHE SALZBURGER
PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE)
A-5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstr. 86, Tel./Fax (0662) 64 35 67, Bürozeiten Mo-Do 9-13Uhr
e-Mail: plage@aon.at, Internet: **www.plage.cc**

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 4 mal pro Jahr,
die genaue Anzahl variiert aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten usw.

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966, Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

1/3 Seite Ökostrom
4c hochformat